

Offizielle Exzesse

Im Punjab werden zunehmend die Gesetze ignoriert

von Kanwar Sandhu

Es ist unbestreitbar: Die Sicherheitskräfte haben im Punjab in letzter Zeit wesentliche Erfolge in der Terrorismusbekämpfung verbuchen können. Viele militante Führer sind dabei getötet worden. Der einigermaßen friedliche Ablauf der vor kurzem abgehaltenen Gemeinderatswahlen gab Anlaß zur Hoffnung auf eine friedlichere Zukunft. Diese positive Perspektive wurde jedoch bald darauf wieder durch die anhaltenden Gesetzesübertretungen der Sicherheitskräfte zunichte gemacht. Die polizeiliche Prämisse des Erfolges um jeden Preis in einem Kampf gegen einen Gegner, der brutal handelt und keinerlei Regeln akzeptiert, hinterläßt Wunden, die keine noch so beeindruckende Erfolgsbilanz wird heilen können. Mit diesem Beitrag setzen wir die Reihe der Berichterstattung über die Lage der Menschenrechte im Punjab fort. Der Beitrag erschien in 'India Today' und wurde von Stephanie Lovasz und Oliver Stege übersetzt und bearbeitet.

Die Leidtragenden in dieser Auseinandersetzung sind die Bürger des Punjab, die auf der einen Seite dem Bombenterror der Militanten ausgesetzt sind und auf der anderen die systematische Brutalität der Sicherheitskräfte erdulden müssen, die dem Gesetz Geltung verschaffen, indem sie es übertreten. Die Polizei, geschützt durch Sondergesetze, die demokratische Kontrolle fast unmöglich machen, ist Teil eines Systems geworden, in dem das Gesetz der Willkür und Autorität der Sicherheitskräfte unterworfen ist. Diese Sicherheitskräfte in Uniform mit dem Schlagstock in der Hand und dem Revolver an der Hüfte werden jegliche Legitimation verlieren, wenn sie versuchen, sich über die Verfassung zu stellen. Selbst wenn die Polizei Erfolge zu verzeichnen hat, der Preis, den die Bürger des Punjab zu zahlen haben, besteht in der zunehmenden Brutalisierung des täglichen Lebens, wobei beide Parteien, sowohl die Sicherheitskräfte als auch die Militanten zu gefürchteten Feinden werden.

Die Polizei ihrerseits trägt durch ihre willkürliche Vorgehensweise, die geprägt ist von Rachegeleuten, Korruption, Verschleierungs-Taktiken und reiner Machtgier, wesentlich zur Eskalation der Gewalt bei. In einer Vielzahl von Fällen hat sich die Polizei des Punjab jeglicher juristischer Kontrolle entzogen, indem entweder die Untersuchungen behindert oder offenkundig gewordene Verstöße der Sicherheitskräfte gegen geltendes Recht unter den Teppich gekehrt wurden. Immer wieder sind Verdächtige unter zweifelhaften Umständen getötet worden und auch der mit Millionen von Rupien ausgestattete 'secret service fund', über den die Sicherheitskräfte verfügen, ist eine äußerst fragwürdige Einrichtung des Polizeiapparates.

Die Sicherheitskräfte rechtfertigen ihre "an den besonderen Sachzwängen" orientierte Vorgehensweise mit den erzielten Erfolgen in der Terrorismusbekämpfung. Die polizeilichen Statistiken sprechen jedoch eine andere Sprache. Alles deutet darauf hin, daß die Zahl der Militanten insgesamt nicht abnimmt, sondern im Gegenteil sogar ansteigt. Ein

wesentlicher Grund für diese Entwicklung liegt in der brutalen Vorgehensweise der Polizei, die den militanten Widerstand letztendlich sogar fördert. Diese Situation macht drastisch die Gefahren deutlich, die durch das Übertreten gesetzlicher Vorgaben entstehen. Wenn die Grenze zwischen "Gesetzes-Brechern" und "Gesetzes-Hütern" nicht mehr zu erkennen ist, verliert der Staat seine Autorität.

Zweifellos ist auch die Unfähigkeit der Gerichte, Militante zügig abzuurteilen dafür verantwortlich, daß sich die Sicherheitskräfte in dieser extremen Lage befinden, dennoch gibt es eine Reihe anderer Faktoren, die das Verhalten der Polizeikräfte beeinflussen; dabei stehen Geld und Macht an der Spitze der motivationssteigernden Faktoren.

Das wirkliche Opfer dieser undurchsichtigen Strukturen ist die Wahrheit, denn viele Polizeiberichte, die die Liquidierung eines Militanten vermelden, sind reine Fehlinformationen, die kritiklos von der Presse übernommen werden. Im Falle von Top-Militanten werden die Hintergründe der Exekution kaum zur Kenntnis genommen, dagegen reagiert die Öffentlichkeit äußerst empfindlich darauf, wenn ein Unschuldiger den polizeilichen Ermittlungen zum Opfer fällt. Diese Fehlschläge der Polizei stärken die Militanten und negieren letztendlich jeden Erfolg, den die Sicherheitskräfte im Kampf gegen den Terrorismus erzielen.

Tod im Hinterhalt

Gewöhnlich findet man in den Zeitungen die Meldung, daß irgendein Terrorist getötet wurde, als die ihn begleitende Polizei-Eskorte von Militanten in einen Hinterhalt gelockt wurde. Der Umstand, daß fast ausschließlich Militante in diesen Hinterhalten getötet werden und eigentlich nie Polizisten, macht die Fehlinformation der Polizei deutlich. Ein Beispiel: Am 8. Dezember 1990 ereignete sich ein Überfall auf die Filiale der 'New Bank of India' in Amritsar, bei dem Schmuck und Bargeld im Wert von zwei Millionen Rupien entwendet wur-

den. Einige Tage später meldete die Polizei, fünf Tatverdächtige festgenommen zu haben. Was danach passierte, liest sich im Polizeibericht folgendermaßen: Am 15. Dezember wurden die Bankräuber zur Wiederauffindung der Beute von einer Einheit der Polizei begleitet. Der aus drei Fahrzeugen bestehende Konvoi geriet unterwegs in einen Hinterhalt, wobei alle fünf Bankräuber getötet wurden.

Was sich wirklich ereignet hatte, erfuhr man erst einige Zeit später: Während zwei Jeeps den Verkehr blockierten, verließ der dritte Jeep, in dem die fünf Bankräuber saßen, die Ram Tirath Road in Amritsar und fuhr in unbewohntes Gebiet. Dort wurden die Beschuldigten kaltblütig erschossen. Der damalige Polizei-Chef des Distriktes, S.Gupta, vertraute einigen Journalisten an, die Exekution sei notwendig gewesen, um die Identität bestimmter Informanten zu schützen. Die eingeleitete Untersuchung bestätigte, daß die Bankräuber exekutiert worden waren, doch das später angestrebte Verfahren gegen die beteiligten Polizisten wurde 1991 eingestellt; darüber hinaus waren im Laufe des Verfahrens wichtige Unterlagen aus den Archiven der ermittelnden Behörde entfernt worden. Durch Intervention eines ranghohen Polizeioffiziers wurde das Verfahren im September 1992 jedoch wieder aufgenommen.

In einem anderen Fall der jüngsten Vergangenheit präsentierten die Sicherheitskräfte wiederum ihre "Hinterhalt-Version": Drei Militante seien am 13. September im Majitha-Distrikt in einem Hinterhalt getötet worden, als sie die Polizei zu einem Waffenversteck führen sollten. Später wurde noch ein weiterer Toter gefunden, neben ihm ein Schnellfeuerwaffe AK-47 mit Munition! Kurz darauf offenbarte ein Polizei-Angehöriger aus Amritsar, daß es keinen Hinterhalt gegeben hatte und sich alle vier bereits in polizeilichem Gewahrsam befunden hätten. Mit anderen Worten, die Verhafteten wurden exekutiert.

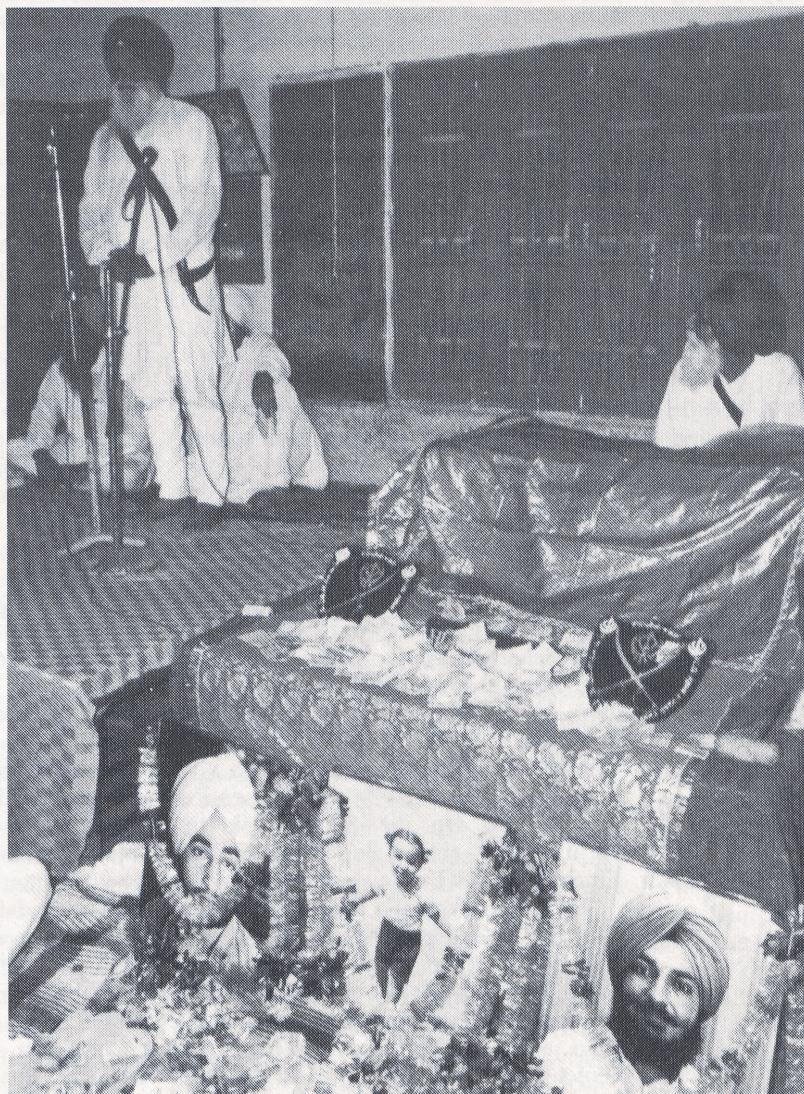
Inszenierte Fluchten

Die Sicherheitskräfte haben verschiedene Strategien entwickelt, um sich der Kontrolle der Gerichte zu entziehen. Dazu gehört beispielsweise zu verlautbaren, ein inhaftierter Terrorist sei geflohen und sein Aufenthaltsort unbekannt. Der offiziell nicht mehr existierende Gefangene kann dann unbegrenzt in Haft gehalten und "intensiv" verhört werden. Man kann davon ausgehen, daß sich immer 200-300 solcher Personen in illegalem Polizeigewahrsam befinden. Kürzlich berichtete K.S. Fauji, dem es tatsächlich gelungen war zu fliehen, der Presse, daß er diverse Mitglieder der Khalistan-Bewegung im Gefängnis gesehen hätte, die offiziell geflohen oder tot seien.

Ein bezeichnender Fall ereignete sich im Juni dieses Jahres in Mohali in der Nähe Chandigarhs. Paramjit Singh wurde zusammen mit seinem Vater, zwei Brüdern, seiner Schwägerin und deren

18 Monate alten Tochter in Polizeigewahrsam genommen, weil in ihrem Haus der mutmaßliche Terrorist A.S. Kauli festgenommen worden war. Einen Monat lang versuchten die Sicherheitskräfte bei den zuständigen Behörden die Genehmigung zu erwirken, Paramjit Singh langfristig in Untersuchungshaft nehmen zu können, aber die Gerichte lehnten ab. Am 4.Juli appellierte die verzweifelte Mutter Singhs an den Obersten Gerichtshof, das Leben ihres Sohnes zu retten. Auf Anfrage des Gerichts erklärte die Polizei, daß es P. Singh am 27. Juni während einer Reifenpanne eines Polizeifahrzeuges gelungen sei, sich bis auf die Handschellen von seinen Fesseln zu befreien, in einen nahegelegenen Kanal zu springen und spurlos zu verschwinden. Aus inoffiziellen Polizeiquellen geht jedoch hervor, daß sich P. Singh nach wie vor im Gefängnis befindet. Die Unglaubwürdigkeit der offiziellen Darstellung wird letztendlich auch daran deutlich, daß bisher kein Verfahren gegen den verantwortlichen Beamten eingeleitet worden ist.

Ein ähnlich gelagerter Fall ereignete sich im Februar 1991 in Bahlolpur. Der dort ansässige Dalbir Singh Banka wurde wegen illegalen Waffenbesitzes festgenommen. Auch in seinem Fall gaben die Sicherheitskräfte an, Banka sei geflohen und man wisse nichts über seinen derzeitigen Aufenthaltsort. Wiederum wurde von seiten der Angehörigen der High Court eingeschaltet. Die eingeleitete Untersuchung ergab, daß die Angaben der Polizei falsch waren. Da Banka nach wie vor verschwunden ist, kann man davon ausgehen, daß er sich entweder noch immer in Haft befindet oder nicht mehr am Leben ist. Häufig sind gerade diese "nicht-existierenden" Gefangenen verstärkt Folter und Gehirnwäsche ausgesetzt. Insbesondere durch die systematische und brutale Indoktrinierung von Inhaftierten gelingt es den Sicherheitskräften, diese gefügig zu machen und sie dann als Spitzel oder Agenten einzusetzen.



Trauerfeier für den erschossenen Jaswinder Singh (Foto: T.S. Bedi)



Opfer von Folterungen durch die Polizei im Punjab (Foto: India Today)

Verdeckte Ermittler

"Katze" ist im Polizei-Jargon das Codewort für verdeckt arbeitende Agenten in der Terrorismusbekämpfung. Diese Tätigkeit wird meist von ehemaligen Militanten oder von illegal festgehaltenen Inhaftierten ausgeübt. Im Gegenzug wird ihnen Straffreiheit garantiert, die häufig jedoch dazu benutzt wird, Geld zu erpressen oder andere Straftaten zu begehen. Die Bedrohlichkeit dieser Spitzel-Aktivitäten wird immer dann besonders deutlich, wenn die Katze den Sicherheitskräften falsche Informationen liefert. Ein solcher Irrtum kann zum Todesurteil für einen Unschuldigen werden.

Was passieren kann, wenn eine Katze "irrt", zeigt der Fall des in Ambala ansässigen Geschäftsmannes Jaswinder Singh. Dieser war am 12. Juli diesen Jahres zusammen mit seinem vierjährigen Sohn und seinem Schwager auf dem Delhi-Chandigarh Highway unterwegs. Bei Ambala wurden sie von einer Gruppe nicht-uniformierter Polizisten aufgefordert, anzuhalten. Jaswinder Singh hielt die Polizisten in Zivil für Militante und beschleunigte. In der anschließenden Verfolgungsjagd wurden er, sein Sohn und sein Schwager von der

Polizei erschossen. Letztendlich verantwortlich für den Tod dieser Unschuldigen war ein Informant, der in Jaswinder Singh den Top-Militanten Nirvair Singh Nindi erkannt haben wollte, auf dessen Ergreifung eine Million Rupien Belohnung ausgesetzt waren. Dieses Ereignis führte immerhin dazu, daß die Polizei des an den Punjab angrenzenden Bundesstaates Haryana die Vorgehensweise ihrer Kollegen aus dem Punjab massiv kritisierte und ankündigte, sich nicht weiter an dem "Katz' und Maus-Spiel" zu beteiligen.

Schießereien bei Kontrollen

"Gebranntes Kind scheut das Feuer": Nachdem Ermittlungen die schuldhafte Beteiligung von Polizisten an Exzessen ergeben hatten, stellte die Regierung ihr Engagement zur Aufklärung der polizeilichen Übergriffe im Punjab ein. Das Ausmaß polizeilicher Übergriffe wird am Fall des Lastwagenfahrers Sukhwinder Singh aus dem Jahr 1990 deutlich. Der Polizeibericht dazu liest sich folgendermaßen: An einem Kontrollpunkt im Kapurthala-Distrikt wurde dem Lastwagenfahrer signalisiert, anzuhalten. Anstatt zu stoppen, habe dieser versucht, den Kontrollposten zu durchbrechen. Während der Verfolgung seien die Fahrzeuge dann von der Straße abgekommen und umgestürzt. Dabei konnten zwei Militante entkommen, nachdem sie Sukhwinder Singh getötet hatten. Die Version der Einwohner des Dorfes, in dem der Lastwagenfahrer wohnte, widerspricht der offiziellen Darstellung. Diese gaben an, Sukhwinder Singh sei, nachdem er seine Familie besucht hatte, auf dem Weg nach Delhi gewesen. Singh sei von der Polizei erschossen worden, da eine Anzeige eines Ladenbesitzers vorlag. Dieser hatte den Lastwagenfahrer beschuldigt, mit seinem LKW einen Laden demoliert zu haben. Die Ergebnisse der nachfolgenden Untersuchung belasteten den für diesen

Einsatz verantwortlichen Polizeioffizier schwer, dennoch wurde der Beamte gedeckt und nicht angeklagt. Im Juni diesen Jahres erging vom Innenministerium die Weisung, doch ein Verfahren wegen Mordes anzustrengen, das bisher jedoch noch nicht eröffnet wurde.

In einem anderen Fall (April 1992) erfuhr Sukhdev Kaur, daß ihr Mann, Karnail Singh, nach einem heftigen Streit mit einem gewissen Gulshan Kumar festgenommen worden sei. Sukhdev Kaur begab sich zum zuständigen Polizeirevier und traf dort ihren Mann. Am nächsten Tag wurde ihr jedoch mitgeteilt, daß sich ihr Ehemann gar nicht in Polizeigewahrsam befände. Dieses wurde dann korrigiert und es hieß, Karnail Singh sei am 29. Mai aus der Haft entlassen worden. Da er jedoch nicht wieder auftauchte, wandte man sich an den Ministerpräsidenten. Auf dessen Anfrage präsentierten die Sicherheitskräfte eine dritte Version: Die Nachforschungen hätten ergeben, daß Karnail Kaur am 1. Mai von Militanten ermordet worden sei. Die Wahrheit sieht anders aus. Aus einem Ende Juli vorgelegten Bericht geht hervor, daß K. Singh in betrunkenem Zustand von der Polizei aufgegriffen und später verhört wurde. Singh sei dann auf Grund von Mißhandlungen und Folter noch in der gleichen Nacht gestorben und seine Leiche in einen nahegelegenen Kanal geworfen worden.

Geheuchelte "Unwissenheit"

Wenn in der gegenwärtigen Situation eine Person als vermißt gemeldet wird und vieles dafür spricht, daß sich diese Person in Polizeigewahrsam befindet, reagieren die Sicherheitskräfte meist mit der Standardauskunft, nichts mit dem Verschwinden der betreffenden Person zu tun zu haben. Dies trifft in einigen Fällen sogar zu, da es möglich ist, daß die Festnahme außerhalb des Zuständigkeitsbereiches des jeweiligen Polizeireviers stattgefunden hat. Dennoch, im Punjab sind so viele Menschen auf ungeklärte Weise verschwunden, daß selbst Amnesty International in 24 Fällen bei der indischen Regierung vorstellig wurde. Wie zu erwarten war, sehen sich die Sicherheitsbehörden im Punjab außerstande, zur Aufklärung dieser Fälle beitragen zu können. Diese Haltung, so der frühere für den Punjab zuständige Minister S.L. Kapur ist "zu unverbindlich und nicht glaubwürdig".

Ein bekannt gewordener Fall ist der des Journalisten Ram Singh Billing, der sich auch als Menschenrechtsaktivist engagierte. Er wurde am 3. Januar in aller Öffentlichkeit verhaftet. Auf Anfrage ließ die zuständige Polizeistation wissen, "wir haben nach Billing weder gesucht, noch ist er von uns festgenommen wor-



Viele Sikhs, die von der Polizei getötet werden, sind nur Kleinkriminelle. Oft sind es auch Verwandte der gesuchten Militanten (Foto: Pramod Pushkarna)

den." Wenig später wurde jedoch auf Grund der Aussagen eines in Chandigarh stationierten Polizisten klar, daß Billing im Polizeigewahrsam ums Leben gekommen war, wahrscheinlich durch Folter. Verschiedene andere Fälle bestätigen, daß die Sicherheitskräfte sich immer wieder dieser Verschleierungstaktik bedienen und damit jegliche Nachforschungen unmöglich machen.

Söldner in Uniform

Die Aussicht, für das Töten eines Militanten eine stattliche Belohnung zu erhalten, macht aus der Polizei des Punjab eine Söldner-Truppe. Neben den Belohnungen (jährliche Ausgaben: 11,3 Millionen Rupien), die für die Liquidierung steckbrieflich gesuchter Militanter ausgeschrieben sind, gibt es für die Tötung nicht-registrierter Militanter sogenannte "unangekündigte Belohnungen". Jede Woche werden von den einzelnen Polizeistellen die ihnen zustehenden Belohnungen aufgelistet und an die übergeordnete Behörde weitergegeben. Obwohl man versichert, daß jeder Fall sorgfältig überprüft wird, ist das ganze System weit davon entfernt, Mißbrauch ausschließen zu können. In einem Fall forderte der ehemalige Chef der Polizei von Patiala Geld für Informationen aus dem terroristischen Umfeld. Sein Informant war jedoch, wie sich später herausstellte, zum damaligen Zeitpunkt gar nicht mehr am Leben. Zahltag in diesem Jahr wa-

ren die Monate Juli und August, da in diesem Zeitraum Belohnungen in Höhe von 15 Millionen Rupien für die Liquidierung von Top-Militanten ausgeschrieben waren. Es gibt sogar Prämien für die Auffindung von Waffen. Abhängig von der "Effizienz" der gefundenen Waffen variiert die Höhe der zu erwartenden Belohnung zwischen 3.000 und 7.500 Rupees. Wie aber werden diese Ausgaben finanziert? Im Polizeibudget des letzten Jahres waren 7 Millionen für sogenannte "Geheimdienst-Ausgaben" vorgesehen. Tatsächlich wurden jedoch 29 Millionen Rupien ausgegeben. Daneben gibt es noch die Zahlungen der Zentralregierung, die sich 1990 auf eine Million Rupien beliefen; die gleiche Summe wurde noch einmal in der Amtszeit von Julio Ribeiro als Polizeichef aufgewendet. Aus inoffiziellen Quellen war zu erfahren, daß einer der Distrikt-Polizeikommandanten in einem einzigen Monat 4,5 Millionen für getätigte "Auslagen" erhalten haben soll. Die Strukturen des existierenden Geheimfonds sind nur einer kleinen Gruppe ranghoher Polizei-Offiziere bekannt. Selbst der Innenminister hat keinen Einblick und alle Berichte in diesem heiklen Bereich werden spätestens nach einigen Wochen vernichtet.

Wie aus geheimen Anweisungen und Briefen des Jahres 1991 hervorgeht, hatte (und hat) die Polizei im Punjab in bezug auf ihre zweifelhaften Arbeitsmethoden die Rückendeckung ranghoher

Polizei-Funktionäre in Delhi. In einem dieser Briefe heißt es: "Sie (Polizeikommandanten auf Distriktebene) sollen sich davor hüten, auch nur implizit anzudeuten, daß sie Maßnahmen, die den bestehenden Gesetzen zuwiderlaufen, billigen oder begünstigen. Ihre beruflichen 'Sachzwänge' in der Ausführung von Polizei-Aktionen sollten nicht in den öffentlichen Stellungnahmen zum Ausdruck kommen". Die sogenannten "Sachzwänge" unterlaufen eindeutig die Gesetze Indiens. Kritiker warnen, daß die aktuelle Entwicklung letztendlich in einen Zustand legaler Anarchie münden könnte. Es ist leicht vorzusehen, daß die öffentliche Diskussion der von den Sicherheitskräften begangenen Exzesse von der Regierung des Punjab als subversive Propaganda verurteilt werden würde.

Wege aus der Krise

Was kann getan werden, um die Lage zu normalisieren? Ein erster Schritt bestünde in der Wiederaufnahme effektiver Untersuchungen zur Klärung der gegen die Polizei erhobenen Vorwürfe, wie sie in der kurzen Amtszeit Nirmal Mukarjis durchgeführt worden waren. Im Falle konkreter Beweise müssen Disziplinarverfahren gegen die beschuldigten Polizisten eingeleitet werden. Das Innenministerium sollte sowohl die Verantwortung für als auch die Kontrolle über die Sicherheitskräfte übernehmen. Das bestehende Belohnungs-System sollte beibehalten werden, die Auszahlung der Prämien müßte jedoch an klare Vorgaben gebunden sein. Tatsache ist, daß die im Gesetz verankerten Kontrollmechanismen zwar ausreichen würden, aber nicht konsequent angewendet werden.

Beobachter der politischen Szene sehen die Notwendigkeit, neue Anti-Terrorismusetzungen einzuführen, die einerseits der Polizei eine größere Schlagkraft verleihen, aber andererseits das Leben Unschuldiger schützen. Eine Konsequenz dieser Forderung würde eine veränderte Ermittlungstätigkeit inklusive einer größeren Verantwortlichkeit der ermittelnden Beamten bedeuten. Im Moment jedenfalls bevorzugen die Sicherheitskräfte den direkten, "ergebnisorientierten" Weg, ohne Rücksicht auf bestehende Gesetze.

Zum Thema Menschenrechte siehe auch den folgenden Beitrag